

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

30. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 05.02.2009
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin, 1. Etage, Köln-Zimmer (A 104)

Anwesende:

Finger, Jutta	SPD	
Meier, Doris	SPD	Vertretung für: Knörr, Sabine
Pohl, Manuela	SPD	
Sütterlin, Friedrich	CDU	Vertretung für: Schwarzer, Christina
Wagner, Heinz	Grüne	
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	
Haese, Axel	Human. Verband Deutschland	
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	
Lemming, Siegfried	Diakon. Werk Neukölln- Oberspree e.V.	
Schwarz, Oliver	Sportjugend Berlin	Vertretung für: Tamer, Burak
Stratmann, Martin	Paritätischer Wohlfahrts- verband	Vertretung für: Ahrens, Jens Holger
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	
Vonnekold, Gabriele	JugDez	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Könning, Saskia	JugDez 1
Ostrowski, Christine	Jug FS 21
Günther, Roxana	Jug 23
Pflock, Renate	Jug FS 22

Gäste:

Potschka, Anita	EJF Lazarus KJHZ Neukölln
Saupe, Manuela	AWO – Kita Du und Ich

Abwesende:

Knörr, Sabine	SPD	entschuldigt
Khalil, Nader	CDU	unentschuldigt
Schwarzer, Christina	CDU	entschuldigt

Wittke, Franz	FDP	entschuldigt
Ahrens, Jens Holger	AWO Südost e.V.	entschuldigt
Tamer, Burak	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste und stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist und eröffnet die 30. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Ergänzungswünsche zur Tagesordnung bestehen nicht.

zu 1 Protokoll der 29. Sitzung

Es gibt keine Änderungsvorschläge, sodass die Mitglieder dem Protokoll der 29. Sitzung in der vorliegenden Fassung zustimmen.

zu 2 Kiez AG

Frau Saupe berichtet, dass eine zunehmende Nachfrage nach Kita-Plätzen zu verzeichnen ist. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Entwicklung durch die in den Medien geführte Bildungsdiskussion gefördert wurde.

Auf der Tagesordnung des JHA wird zwar der Konzeptentwurf „Kitas zu Familienzentren“ thematisiert, aber gerade die Einrichtungen in der Innenstadt sind in dieser Richtung schon lange Zeit aktiv.

In vielen verschiedenen Projekten wird beobachtet, dass Kinder zunehmend hungrig in die Einrichtungen kommen. Teilweise stehen die Mitarbeiter diesem Problem hilflos gegenüber und an einer möglichen Lösung wird intensiv gearbeitet. Zusammen mit Frau Thurley und Herrn Lemming ergänzt Herr Petzold, dass viele Einrichtungen zwar Küchen besitzen, aber selbst beim Frühstück sind schon Unterschiede auffällig. Häufig kommen die Kinder ausgehungert aus dem Wochenende.

zu 3 Steuerpflicht bei der Tagespflege ab 2009 (Große Anfrage, Drs.-Nr. 0942/XVIII von Frau Jutta Finger)

Frau Günther, zuständige Gruppenleiterin im Tagespflegebereich, stellt die gesetzlichen Neuerungen für die Kindertagespflege ab dem 01.01.2009 vor. Seit diesem Jahr unterliegen Tagespflegepersonen einer gesetzlichen Sozialversicherungs- und Steuerpflicht. Ziel ist unter anderem, auch das Berufsbild der Tagespflegeperson zu etablieren.

Zu versteuern sind nicht alle Einnahmen, sondern nur der erzielte Gewinn, der sich aus den Einnahmen abzüglich der Ausgaben errechnet. Hierbei kann individuell gewählt werden, ob die Betriebsausgaben pauschal abgerechnet oder durch Einzelbelege nachgewiesen werden. Tagespflegestellen im eigenen Haushalt können die Ausgaben allerdings nur durch Einzelbelege nachweisen.

Um die Entscheidung treffen zu können, ob es nach der Umstellung für die Tagespflegepersonen weiterhin lukrativ ist, stellt Frau Günther das alte und das neue Berechnungsmodell gegenüber. Eine begrüßenswerte Neuerung ist die Ausrichtung der Bezahlung, neben der Anzahl der betreuten Kinder, auch an der Qualifikation der Tagespflegeperson. Für die Einrichtung einer Tagesgroßpflege mit mehr als 4 Kindern ist zusätzlich zum Grundkurs ein Aufbaukurs notwendig. Für bereits aktive Tagespflegen gibt es jedoch Übergangsfristen, um eine entsprechende Nachschulung absolvieren zu können.

Durch die Einführung des KföG's und der damit verbundenen Änderung des § 23 SGB VIII umfasst die laufende Geldleistung die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung, die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson und die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Krankenversicherung und Pflegeversicherung.

Bei den Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung geht das Land Berlin einen eigenen Weg. Statt wie im Bund üblich die Hälfte der Sätze direkt an die Sozialversicherungsträger zu zahlen, werden diese Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung mit den Betreuungspauschalen ausgezahlt, sofern die Tagespflegepersonen sozialversicherungspflichtig sind. Im Folgejahr erfolgt dann die Überprüfung, ob die Beiträge entsprechend verwendet wurden.

Weitere Zuschüsse gibt es auch für die Ausstattung mit Einrichtungsgegenständen, für Spielmaterial und Miete. Die Beträge zur Unfallversicherung werden direkt vom Bezirksamt geleistet.

Anhand von Beispielen zeigt Frau Günther, dass nach dem neuen Berechnungsmodell kein Unterschied zum alten Modell besteht. Allerdings kann es unter Berücksichtigung des Einkommens des Ehemannes im Rahmen der Progression zu einer höheren Steuerstufe kommen. Aber bisher wurde im Bezirk Neukölln keine Tagespflegestelle mit dieser Begründung aufgegeben.

Herr Pade ergänzt dazu, dass nun alle Tagespflegepersonen Belege sammeln und entscheiden müssen, ob sie die Einzelabrechnung oder pauschale Abrechnung in Anspruch nehmen. Auch für das Jugendamt erweitert sich der Aufgabenbereich. Es ist nun zu prüfen, ob die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung geleistet wurden. Allerdings befinden sich im Bezirk Neukölln ca. 250 Tagespflegeplätze, während andere Bezirke für 2.400 Tagespflegeplätze ein Verfahren zu entwickeln haben.

Weitere Informationen, sowie die Präsentation der Veranstaltung zu den neuen gesetzlichen Bestimmungen am 15.01.2009 sind auf der Webseite

www.berlin.de/ba-neukoelln/verwaltung/jugend/kitabetreuung.html

sowie auf

www.familien-fuer-kinder.de

hinterlegt.

zu 4 Vorstellung des Konzeptes "Kita zum Familienzentrum"

Frau Ostrowski ist seit 05.01.2009 im Jugendamt Neukölln und hat vorher in der Senatsverwaltung bei der Erstellung des Konzeptentwurfs „Kita zum Familienzentrum“ mitgearbeitet. Viele Kitas und Nachbarschaftseinrichtungen sind bereits vernetzt und mit ihren Strukturen in das Konzept mit eingeflossen.

Ein Familienzentrum soll dabei eine Familie im Sozialraum bekannte und vertraute Kita sein und gleichzeitig ein Ort, an dem auch Aktivitäten für Kinder, die nicht dort regulär betreut werden, sowie Information und Beratung für deren Eltern, stattfinden. Darüber hinaus fördert die Einrichtung Selbsthilfeaktivitäten der Eltern und vernetzt sich mit anderen Angeboten für Familien im Sozialraum (Jugendhilfe, Sozial- und Gesundheitswesen).

Die Angebote sollen attraktiv, interkulturell, niedrigschwellig und unterstützend sein, insbesondere für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen die Potentiale von Eltern, insbesondere von Familien mit Migrationshintergrund, stärken. Vorausgesetzt wird dabei, dass das Familienzentrum in einem Trägerkonzept eingebunden ist und die personellen sowie räumlichen Ressourcen vorhanden sind.

Es handelt sich um den Entwurf eines Rahmenkonzeptes, das in den Bezirken mit Leben gefüllt werden soll. Angedacht sind zwei Wege zur Entwicklung eines flächendeckenden Netzwerkes von Familienzentren ausgehend von zunächst 100 Kitas in Berlin. Entweder werden die ersten Familienzentren über den Bezirk „grobmaschig“ verteilt und sie verdichten sich, oder sie werden innerhalb einer Region „engmaschig“ aufgeteilt und erweitern die Vernetzung mit der Zeit. Für den Bezirk Neukölln sind 10 Kitas vorgesehen. Die Koordination soll über eine Regiestelle erfolgen.

Den Entwurf haben alle Bezirke mit der Bitte um Stellungnahme erhalten und ein erster Meinungsaustausch fand bereits statt. Die Diskussion wird schon seit langem geführt und das Konzept soll nicht als neuer Ansatz betrachtet werden, sondern es fasst die bestehenden Entwicklungen (Eltern-Kind-Zentrum, Early-Excellence-Zentrum) zusammen. Sobald genauere Informationen bestehen, wird das endgültige Konzept dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Frau Dr. Gallus-Jetter plädiert für eine Änderung des Titels und der Herangehensweise, so hält sie die Bezeichnung Familienzentren am Standort Kita für sinnvoller. Die Information wird bereits jetzt dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben, damit sich die Jugendhilfelandchaft darauf vorbereiten kann. Zwar bietet es sich an, die 10 Familienzentren in den 10 Planungsräumen des Bezirks anzusiedeln, aber der konkrete Bedarf kann davon durchaus abweichen.

Herr Petzold stimmt dieser Ausführung zu, denn gerade die Belastbarkeit der Kitas stößt zunehmend an die Grenzen. Bereits jetzt leisten viele Kitas neben Elternarbeit oft auch Sozialarbeit. Häufig ist die entsprechende Raumausstattung ein Problem.

Frau Ostrowski relativiert, dass auch diese Herangehensweise nicht durch den Konzeptentwurf ausgeschlossen wird. Die Hauptlast soll auch nicht bei der Kita liegen, aber die Anbindung der Frühförderung an eine Regeleinrichtung wird als besonders effektiv betrachtet, zumal durch den Kontakt der Eltern zu der Einrichtung häufig schon ein Vertrauensverhältnis aufgebaut ist.

Herr Lemming schlägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss als Institution zu diesem Papier eine Stellungnahme verfasst. Die Mitglieder werden von Frau Finger aufgefordert, Einwände und Wünsche für die Stellungnahme vorzutragen.

zu 5 Fragebögen der Landesarbeitsgemeinschaft Kinderschutz nach § 78 KJHG

Frau Knoller wurde als Mitglied des Jugendhilfeausschusses zur Landesarbeitsgemeinschaft Kinderschutz entsendet und kennt den Fragebogen. Ziel der Erhebung sollte eine Bestandsaufnahme sein, wie viele von den Aktivitäten zum Kinderschutz an der Basis bekannt ist. Nicht der Jugendhilfeausschuss soll die Fragen beantworten, sondern der Bogen sollte direkt an die Träger und Einrichtungen weitergeleitet werden. Die im Kopf abgefragten Angaben sind freiwillig.

Vorgebracht wird, dass der Fragebogen nicht nach Praktikern und Trägern unterscheidet, eine Auswertung wird nur schwer möglich sein. Schwierig ist es, da Begriffe verwendet werden, die missverständlich sein können, oder deren entsprechende Definition nicht eindeutig ist. Es wird angeregt, dass der Fragebogen noch einmal überarbeitet und gegebenenfalls für Träger der Jugendhilfe und Sozialarbeiter aufgeteilt werden sollte.

Herr Lemming regt an, dass Frau Finger ein entsprechendes Begleitschreiben für Frau Knoller ausstellen könnte, welches die Meinung des Jugendhilfeausschusses zum Ausdruck bringt. Frau Knoller wird die Bemerkungen in die nächste Sitzung der Landesarbeitsgruppe Kinderschutz am 16.03.2009 mitnehmen. Sie wird dann dem JHA berichten.

zu 6 Mitteilungen

Mitteilungen der Stadträtin:

- Im Rahmen des Konjunkturprogramms II stehen im Land Berlin in den Jahren 2009 und 2010 84 Millionen € für Investitionen im Baubereich für Kindertagesstätten zur Verfügung. Es können sowohl Bauvorhaben der Kita-Eigenbetriebe des Landes Berlin als auch der Träger der freien Jugendhilfe gefördert werden, die als Träger von Kindertageseinrichtungen der RV Tag beigetreten sind.

Eine wichtige Voraussetzung ist, dass die Mittel bis zum März 2010 vollständig gebunden und die Baumaßnahmen zum Ende 2011 kassenwirksam abgeschlossen sind. Die Investitionen sollen zudem deutliche Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz setzen und auch die Realisierung der Ziele des Klimaschutzprogramms des Senats unterstützen.

Für Projekte und Maßnahmen, die im Rahmen des „Investitionspaktes zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen“ und des „Investitionsprogramms zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige“ (U3) gefördert werden, scheidet eine Finanzierung aus dem Konjunkturprogramm II aus.

Bis zum 13.02.2009 sind die Maßnahmenvorschläge an die „Gesellschaft für StadtEntwicklung“ zu senden, und nicht bei der Jugendstadträtin einzureichen, wie in der Berliner Abendschau berichtet. Ein Testat der Bezirksverwaltung ist nicht notwendig. Quotenregelungen sind nicht vorgesehen. Über den E-Mail-Verteiler des Jugendhilfeausschusses werden die Kontaktdaten sowie die notwendigen Antragsunterlagen zeitnah versendet.

- Die Bezirksstadträte für Jugend haben vereinbart, in Abstimmung mit den Bezirksstadträten für Finanzen und der Senatsfinanzverwaltung, ein neues praktikables Zumessungsmodell für die Hilfen zur Erziehung zu entwickeln. Die Grundforderung der Bezirksstadträte für Jugend beabsichtigt, ähnlich dem Verfahren in der Sozialhilfe, eine vollständige Abfederung der Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung zu erreichen. Denn die Bezirke sind sich einig, dass die Fallzahlen im Rahmen des Kinderschutz nicht steuerbar sind und auch nicht aus anderen Mitteln wie beispielsweise der Jugendförderung gegenfinanziert werden können. Ein Kinder-

schutzfall darf keine Diskussion bezüglich der Mengenplanung zulassen.

Mit der Senatsfinanzverwaltung und den Bezirksstadträten für Finanzen sind entsprechende Abfederungsmodelle zu diskutieren. Das Wunschmodell sieht eine Zuweisung von Fahlzahl x durchschnittliche Kosten im Land (Median) vor. Alle Fälle, die nachweislich (Kinderschutzbogen) aus dem Kinderschutz resultieren, sind zu 100 % abzufedern. Besonders bei den teuren stationären Unterbringungen sind Abänderungen der Maßnahmen aus rein wirtschaftlichen Aspekten nicht vertretbar. Dazu treffen sich am 13.02.2009 alle für Jugend und für Finanzen zuständigen Berliner Stadträte. Ergänzt wird dazu, dass bereits mehr als 1.000 Kinderschutzmeldungen im Jugendamt Neukölln eingegangen sind, die zum einen auf die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse, zum anderen aber auch auf die massiven Einsparungen im Präventionsbereich zurückgeführt werden können. Anfangs gab es Bedenken, dass mit der Kinderschutzhotline der Denunziation Raum gegeben wird, diese spielt im Alltagsgeschehen kaum eine Rolle. Schwierig gestaltet sich jedoch der konkrete Nachweis, dass Prävention zu Einsparungen geführt hat.

- Im Rahmen des Berliner Jugendprogramms respectABel – AKTION BERLIN der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden im Jahr 2009 in Vorbereitung auf die Bundestagswahl Projekte gefördert, in denen Kinder und Jugendliche sich mit dem Thema „Wahlen“ als Grundbestandteil der Demokratie in Deutschland auseinandersetzen.

In der Vorbereitung auf die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009 können politische Bildungsmaßnahmen mit Kindern und Jugendlichen organisiert werden, bei denen Kenntnisse zum Thema „Wahlen“ vermittelt, Fragen von Beteiligung und Mitbestimmung diskutiert und Parteien und Kandidat/innen der Bundestagswahl vorgestellt werden. Alle Projekte gipfeln in der Möglichkeit für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, am 18. September 2009, neun Tage vor der Bundestagswahl in einer eigenen Wahl, die der Bundestagswahl analog organisiert ist, ihre Stimme abzugeben. Im Rahmen der U18-Wahlen können zukünftige Wahlbüros bis zu 750 € unbürokratisch für die politische Bildungsarbeit im Vorfeld der Wahlen beantragen. Antragsschluss ist der 09.03.2009.

- Am 30.01.2009 wurde der Ablauf im Interkulturellen Kinder- und Elternzentrums „Am Tower“ von einer Gruppe von Kindern gestört. Eine Gruppe 9- bis 13-Jähriger attackierten auf dem Gelände des Interkulturellen Kinder- und Elternzentrums „Am Tower“ einen Mitarbeiter. Da die Kinder in der Einrichtung bekannt sind, wurde zusammen mit der Polizei das weitere Vorgehen abgestimmt.
- Die 10. Rathausrallye wurde am Mittwoch, dem 04. Februar 2009, feierlich eröffnet. In der Zeit vom 05. Februar bis 12. März 2009 werden wieder Schulklassen ab der 4. Jahrgangsstufe das Neuköllner Rathaus erkunden. Die Tour durch das Rathaus beginnt mit einer Einführung. Danach werden die Kleingruppen das Rathaus durchstreifen und je Gruppe zwei Mitarbeiter/innen interviewen.
- Seit dem Jahr 2007 hat der Bezirk Neukölln den Lokalen Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit -LAP. Finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stehen über drei Jahre Fördermittel von 100.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Die Projekte der Jahre 2007 und 2008 wurden in einer Dokumentation vom tesof e.V. in Zusammenarbeit mit Frau Sierks, der bezirklichen Koordinatorin des LAP, zusammengefasst.
- Die Deutsche Angestellten-Akademie GmbH hat für Nord-Neukölln eine umfangreiche Broschüre mit den vielfältigen Angeboten für Kinder und Jugendliche erstellt. Unterstützt durch das Jobcenter Neukölln haben MAE-Kräfte die Einrichtungen besucht, fotografiert und die vielen Angebote und Möglichkeiten zusammengetragen. Für die gelungene Broschüre sei allen Beteiligten gedankt.
- Das Abgeordnetenhaus hat Gelder für die Betreuung der „Schwellentäter“gruppe zur Verfügung gestellt. Die Treberhilfe entwickelte in diesem Rahmen das Projekt SToP (Soziale Task Force für offensive Pädagogik) für die Bezirke Neukölln und Tempelhof-Schöneberg in Abstimmung mit dem Jugendamt, der Polizei und der Senatsverwaltung. Zur Entlastung der Sozialarbeiter sollen dem Projekt über die Jugendgerichtshilfe junge Menschen, die bereits Straftaten begangen haben bzw. an der Grenze zum Schwellentäter stehen, und deren Familien vermittelt werden. Die Mitarbeiter der Treberhilfe sollen dann durch gezielte frühzeitige und muttersprachliche Hilfsangebote die Entwicklung bzw. die Verfestigung einer strafrechtli-

chen Karriere aufhalten oder vermeiden. Auftraggeber ist das Jugendamt. Wenn erste Resultate vorliegen, wird sich das Projekt auch dem Jugendhilfeausschuss vorstellen.

Termine:

- Während der Winterferien vom 02.02. bis 07.02.2009 gestalten die Neuköllner Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen ein umfangreiches Programm. Ausführliche Informationen sind im Veranstaltungskalender auf der Webseite www.neukoelln-jugend.de zu finden.
- Im Zeitraum 29.01.2009 bis 03.04.2009 lädt die Stadtvilla Global zur 1. Neuköllner Kinder-Akademie alle Kinder ein, zu staunen, zu entdecken und Fragen zu stellen. Erlebt werden kann eine richtige Universität. Professoren und Mitarbeiter der Berliner Universitäten erklären die Welt der Wissenschaft und Forschung. Die Teilnahme ist kostenlos.
- Vom 05.02.2009 bis 15.02.2009 kommt die Berlinale in die Stadtvilla Global. Gemeinsam werden Filmvorstellungen besucht und verschieden Filme in der Stadtvilla angesehen. Nachgegangen wird auch der Frage, wie Filmgeräusche selbst hergestellt werden können.
- Auf Grund der großen Nachfrage veranstaltet die Stadtvilla Global am 06.02.2009 um 15.30 Uhr wieder einen großen Modenschau-Auswahl-Wettbewerb. Wer hat Mut zum eigenen Design? Wer macht aus Putzlappen glänzende Kleider? Wer hat ausgefallene Ideen und Spaß daran, mit Stoffen umzugehen und zu nähen? Kinder und Jugendliche zwischen 10-15 Jahren können ihre Kreationen bei einem glänzenden Auftritt auf einer Open-Air-Bühne präsentieren.
- Im Szenenwechsel können Mädchen am 14.02.2009 und 15.02.2009 an einem Theaterspiel-Schnupperkurs-Wochenende teilnehmen. Wer Lust hat Theater zu spielen, hat an diesem Wochenende dazu die Möglichkeit.

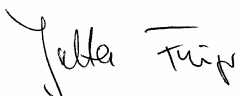
Weitere Mitteilungen:

- Frau Heinemann berichtet, dass der Arbeitskreis Migration und Menschenrechte des Jugendamtes gern verstärkt mit Informationen grundsätzlich die Themen „Erziehung von Kindern“ und „Gewalt als Erziehungsmittel“ in die öffentliche Diskussion bringen möchte. Es entstand die Idee, eine Neuköllner Plakatkampagne, die sich mit einfachen und verständlichen Bildern an alle Eltern wendet, ins Leben zu rufen. Unter dem Jahresmotto „Erziehung ohne Gewalt“ könnten mehrere Aktionen gebündelt werden. Gesucht wird ein Träger, der sich um die Gestaltung eines Plakats kümmert und ggf. Gelder für den Entwurf und Druck einwirbt.
- Herr Becker informiert, dass zum 16. Mal das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit das „Band für Mut und Verständigung“ an Menschen aus Berlin und Brandenburg verleiht, die durch ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor ausländerfeindlichen Gewalttaten beschützt oder durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben. Im letzten Jahr wurde Herr Kazim Erdogan für sein Engagement in Neukölln ausgezeichnet. Im Unterschied zum letzten Jahr wird es keine Postkartenaktion geben, die Vorschläge können bis zum 1. März 2009 über das Internet unter <http://www.respekt.dgb.de/mut> eingereicht werden.

zu 7 Nächste Sitzung: 5. März 2009

Die nächste Sitzung findet am 05.03.2009 statt.

Berlin-Neukölln, den 25. Februar 2009



Jutta Finger
Vorsitzende des Ausschusses

Saskia Könning
Protokoll